

«Das Recht auf Arbeit darf niemandem verwehrt bleiben»

Anpassung Trotz Widerstand des Gesellschaftsministers Mauro Pedrazzini wurde das Postulat zur Änderung des Invalidengesetzes und den Sozialversicherungen im Allgemeinen an die Regierung überwiesen. Das soll vor allem Geringverdienern zugutekommen.

Das Postulat zur Überprüfung der Invalidenversicherung und den Sozialversicherungen sollte in der gestrigen Landtagssitzung eigentlich zu keiner Diskussion führen. Diese entstand, aber nicht unter den Abgeordneten, sondern wurde vom Regierungsmember Mauro Pedrazzini ausgelöst. Er legte den Abgeordneten nahe, das Postulat nicht an die Regierung zu überweisen. Und das, obwohl sich die Abgeordneten einig waren, dass das Postulat notwendig sei. Das sorgte für Unverständnis.

Das Postulat der Freien Liste (FL) befasst sich mit der Anpassung der Eingliederungsmassnahmen in der Invalidenversicherung, damit sie auch bei Geringverdienenden wirksam greifen. Damit soll unter anderem erreicht werden, dass eine Person, die heute aus gesundheitlichen Gründen die Arbeit aufgeben oder reduzieren muss, auch bei einem zuvor tiefen Lohn einen IV-Beitrag zur Umschulung oder einen Lohnzuschuss erhält. Die momentane Gesetzgebung richtet sich nach dem Invaliditätsgrad. Dieser berechnet sich mittels Einkommensvergleich und zwar aus der Differenz des Einkommens vor der Behinderung und dem Einkommen nach der Behinderung. Das ist für Geringverdiener nicht zielführend. Zudem soll von der Regierung geprüft werden, ob

ein Koordinationsgesetz bei den Sozialversicherungen Verbesserungen bringt.

FL-Fraktionssprecher Georg Kaufmann betonte den Handlungsbedarf, der in diesem Bereich bestehe. Das Hauptaugenmerk lag auf der Berechnung des Invaliditätsgrades, der «Gutverdiener» bevorzuge und Geringverdiener in der Luft hängen lasse. «Für sie ist es praktisch unmöglich einen Beitrag für eine Umschulung oder einen Lohnzuschuss zu erhalten», ergänzte er. Für Johannes Hasler von der FBP war klar, dass sich eine Anpassung des IV-Grades gesamtwirtschaftlich lohnen würde. Christoph Wenaweser von der VU führte in seinem Votum aus, dass im Zuge der Digitalisierung und der Industrie 4.0 einfachere Tätigkeiten, die weniger fachliches Know-how verlangen, verloren gehen. «Gerade deshalb sind Lohnzuschüsse und taggeldentschädigte Umschulungen in neue Tätigkeiten nur bedingt probate Mittel», erklärte Wenaweser. Denn das verfassungsmässige Recht auf Arbeit gehöre nach dem VU-Abgeordneten zur menschlichen Würde und dürfe niemandem verwehrt bleiben.

Mehr Kosten durch Lockerung des Gesetzes

Nach weiterer Zustimmung von diversen Abgeordneten folgte das



Mauro Pedrazzini's Ministerium wird derzeit stark mit parlamentarischen Eingängen eingedeckt. Bild: Daniel Schwendener

Votum von Regierungsrat Mauro Pedrazzini. Das brachte eine unvorhergesehene Wendung. «Ich ersuche Sie, dieses Postulat nicht zu überweisen», erklärte er. Ein Punkt, weshalb er auf eine Nichtüberweisung plädierte, seien die ausgelasteten Mitarbeiter des Ministeriums für Gesellschaft: «Ich bemühe mich nach Kräften darum, dass die Mitarbeiter des Ministeriums weiterhin effizient an ihren Aufgaben arbeiten können.» Er hatte eine ganz klare Meinung zum Postulat. Eine Anpassung der IV-Grad-Berechnung sieht der Gesellschaftsminister als nicht notwendig. «Es können keine IV-fremden Aspekte be-

rücksichtigt werden», betonte er. Damit meinte er Gründe wie eine mangelnde Grundausbildung oder schlechte Sprachkenntnisse. «Die klare Trennung zwischen Einkommenseinbussen durch Invalidität und nicht-invaliditätsbedingter Arbeitslosigkeit ist meines Erachtens richtig und die Grenzen sollten nicht verwischt werden», erklärte Pedrazzini. Durch eine Lockerung des Gesetzes würden nur mehr Kosten entstehen, sodass entweder die Lohnabzüge angehoben werden müssen oder der Staat die Lücke füllen muss. Zudem bestünden Umschulungsmöglichkeiten auch für Personen, deren IV-Grad

unter 20 Prozent betrage. Der Gesellschaftsminister lehnte den Vorschlag ab, den IV-Grad mittels medizinischer Einschränkungen zu ermitteln. «Beispielsweise kann ein Problem mit den Beinen für den Bauhandwerker starke Einkommenseinbussen zur Folge haben, während ein Informatiker dadurch in seiner Tätigkeit kaum eingeschränkt ist», führte er aus. Zusammengefasst, findet Pedrazzini, sei das System stimmig und in gutem Zustand. Dem Vorschlag der Einführung eines Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts stimme er aber zu: «Die Arbeiten daran laufen bereits und es stellt sich nun die Frage, ob die Personen im Ministerium, welche sich damit beschäftigen, weiter an diesem Gesetz arbeiten sollen oder ob sie ihre Zeit mit der Beantwortung dieses Postulats verbringen sollen.»

«Vollgetextet» anstatt zu diktieren

Dieses Votum liess die Abgeordneten verärgert zurück. Stellvertretender Abgeordneter der Freien Liste, Wolfgang Marxer, kritisierte den Vorgang Pedrazzini's, wonach dieser den Landtag «vollgetextet» habe, anstatt das Ganze zu diktieren und anschliessend schriftlich zu beantworten. Den «Vorwurf», wonach eine Änderung des IV-Systems erhöhte Kos-

ten zur Folge hätte, konterte Christoph Wenaweser damit, dass Personen, welche durch das System fielen, beim Sozialamt landeten. «Dort stellt diese Klientengruppe eine der am stärksten steigende Gruppe dar», führte er aus. Auch deswegen solle sich die Regierung dem Postulat zuwenden. Das Postulat wurde schliesslich mit überragender Mehrheit von 24 Ja-Stimmen an die Regierung überwiesen. Einzig der DU-Abgeordnete Herbert Elkuch stimmte dagegen.

Susanne Quaderer
squaderer@medienhaus.li